

NomosStudienbuch

Hartmann | Mann | Mehde [Hrsg.]

Landesrecht Niedersachsen

Studienbuch

3. Auflage



Nomos

NomosStudienbuch

Prof. Dr. Bernd J. Hartmann
Prof. Dr. Thomas Mann
Prof. Dr. Veith Mehde [Hrsg.]

Landesrecht Niedersachsen

Studienbuch

3. Auflage

Prof. Dr. Bernd J. Hartmann, LL.M. (Virginia), Universität Osnabrück | **Prof. Dr. Heike Jochum, Mag. rer. publ.**, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer | **Prof. Dr. Thomas Mann**, Georg-August-Universität Göttingen | **Prof. Dr. Veith Mehde, Mag. rer. publ.**, Leibniz Universität Hannover



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6168-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-0288-1 (ePDF)

3. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

„Herrschaft im Alltag ist Verwaltung“, hat der Soziologe Max Weber einst formuliert. Das Verwaltungsrecht ermöglicht und begrenzt diese Herrschaft und steuert und beeinflusst so unseren Alltag. Das Besondere Verwaltungsrecht ist besonders wichtig, weil es die Anspruchsgrundlagen enthält, auf die sich die Bürgerinnen und Bürger berufen können, und die Befugnisnormen, aufgrund derer die Behörden ihre Aufgaben erfüllen und gemäß derer die Gerichte die Behörden kontrollieren. Dabei ist das Besondere Verwaltungsrecht, im Gegensatz zu Zivil-, Straf- und Staatsrecht, ganz wesentlich Landesrecht. Vor diesem Hintergrund beschreibt (und bisweilen: bewertet) dieses Lehrbuch das Besondere Verwaltungsrecht Niedersachsens.

Wir wünschen uns das Studienbuch in die Hände der Studierenden der Rechtswissenschaft und der Rechtsreferendare, aber auch Verwaltungsbeamten, Richtern und Rechtsanwälten soll es ein zuverlässiger Ratgeber sein. Die Zielgruppe der Studierenden hat die Auswahl der Rechtsgebiete bestimmt, die wir behandeln. In den Juristischen Examina und der Großen Übung bilden das Polizei- und Ordnungsrecht, das öffentliche Baurecht und das Kommunalrecht mit dem dazugehörigen Verfahrensrecht und den europarechtlichen Bezügen den Prüfungsstoff im Pflichtfach. Abschnitte zu den landesrechtlichen Besonderheiten des Verwaltungsverfahrensrechts, der Landesverfassung sowie der Verwaltungsorganisation Niedersachsens runden das Lehrbuch ab.

Nachdem die ersten beiden Auflagen im Kreis der Leserinnen und Leser genauso wohlwollend wie bei den Rezensenten aufgenommen worden sind, legen wir hiermit die dritte, durchgängig aktualisierte Auflage vor. Sie ist auf dem Stand vom Dezember 2019. Im Vergleich zur Voraufgabe haben sich Änderungsbedarfe vor allem durch Neuregelungen im Bereich des Polizei- und Ordnungsrechts sowie des Baurechts ergeben. Herausgeber und Autoren danken den am Entstehen des Studienbuchs beteiligten Hilfskräften und Mitarbeitern für ihre engagierte und zuverlässige Zuarbeit. Wir freuen uns über Anregungen, Hinweise und Kritik zu diesem Buch wie zu den einzelnen Beiträgen gleichermaßen. Sie erreichen uns am besten elektronisch (ls-hartmann@uni-osnabrueck.de, heike.jochum@hemmelrath-law.com, mehde@jura.uni-hannover.de, sekretariatmann@jura.uni-goettingen.de).

Göttingen, Hannover und Osnabrück, im Februar 2020

Die Herausgeber

Inhalt

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	15
§ 1 Niedersächsisches Verfassungsrecht	19
I. Entstehung des Landes und Verfassungsentwicklung in Niedersachsen	19
1. Bildung des Landes und Vorläufige Ordnung von 1947	19
2. Die vorläufige Niedersächsische Verfassung von 1951	20
3. Die Niedersächsische Verfassung von 1993	21
II. Die Landesverfassung in der bundesstaatlichen und europäischen Ordnung	23
1. Staatsqualität des Landes Niedersachsen	23
2. Verhältnis zum Bund	23
3. Niedersachsen und Europa	24
III. Überblick über den Aufbau der Niedersächsischen Verfassung	25
IV. Staatsgrundlagen	25
1. Staatsstrukturprinzipien	26
2. Staatszielbestimmungen	27
3. Grundrechte	29
V. Verfassungsorgane	31
1. Landtag	31
a) Funktionen	31
b) Wahl und Zusammensetzung	33
c) Status der Landtagsabgeordneten	35
d) Binnenorganisation des Landtags	36
e) Allgemeine Verfahrensweise	38
f) Auflösung des Landtags	38
2. Landesregierung	39
a) Konstituierung und Amtszeit	39
b) Allgemeine Rechtsstellung der Regierungsmitglieder	40
c) Kompetenzen des Ministerpräsidenten	41
3. Der Staatsgerichtshof	42
a) Zusammensetzung	42
b) Verfahrensarten	43
VI. Staatsfunktionen	44
1. Gesetzgebung	44
a) Parlamentarische Gesetzgebung	45
b) Volksgesetzgebung	46
c) Besonderheiten bei Verfassungsänderungen	48
2. Rechtsprechung	49
3. Verwaltung	51
a) Unmittelbare Landesverwaltung	51

b) Selbstverwaltungskörperschaften	52
VII. Finanz- und Haushaltsverfassung	54
§ 2 Verwaltungsorganisation	56
I. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsorganisation	56
1. Das Land Niedersachsen im System des Exekutivföderalismus	56
2. Der Verwaltungsabschnitt in der NV	57
3. Allgemeine Vorgaben aus NV und GG	58
a) Gesetzesvorbehalt/Wesentlichkeitslehre	58
b) Demokratische Legitimation	59
II. Ebenen der Verwaltung	59
1. Ministerialverwaltung – oberste Landesbehörden	59
2. Sonstige Landesbehörden	61
3. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	62
a) Körperschaften	62
b) Anstalten	63
c) Stiftungen	64
d) Landesbetriebe	64
4. Abschaffung der Bezirksregierungen	65
5. Ämter für regionale Landesentwicklung	66
III. Typische Elemente der Behördenorganisation	66
1. Politik und Verwaltung	66
2. Laufbahnen und Beamtenrecht	67
§ 3 Besonderheiten des Verwaltungs- und des Widerspruchsverfahrens in Niedersachsen	69
I. Allgemeines	70
II. Rechtsträger- und Behördenprinzip	70
1. Beteiligungsfähigkeit von Behörden im Verwaltungsverfahren (§ 11 Nr. 3 VwVfG) und im Verwaltungsprozess (§ 61 Nr. 3 VwGO)	70
2. Klagegegner bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen (§ 78 Abs. 1 VwGO, § 79 Abs. 2 NJG)	72
3. Fazit	73
III. Entbehrlichkeit des gerichtlichen Vorverfahrens in Niedersachsen (§ 80 NJG)	74
1. Bedeutung und Funktion des Vorverfahrens (§§ 68 ff. VwGO)	74
2. Bundesrechtliche Öffnungsklausel (§ 68 Abs. 1 S. 2 Alt. 1 VwGO) ..	74
3. Nutzung der Öffnungsklausel durch die Länder	75
4. Nutzung der Öffnungsklausel durch Niedersachsen	76
a) Struktur des § 80 NJG	77
b) Zielsetzung des § 80 NJG	77
5. Fazit	79

§ 4 Polizei- und Ordnungsrecht	80
I. Vorbemerkung	80
II. Grundlagen	81
1. Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	81
2. Abgrenzung von der Strafverfolgung	82
3. Anwendungsbereiche – Lex-specialis-Regel	83
4. Aufgaben- und Befugnisnorm	84
5. Gefahrenabwehrbehörden – Zuständigkeitsfragen	85
6. Maßnahmen gegen andere Hoheitsträger	87
7. Der Einstieg in die Prüfung	88
III. Polizei- und ordnungsrechtliche Grundbegriffe	89
1. Öffentliche Sicherheit	89
2. Öffentliche Ordnung	91
3. Gefahrbegriffe	92
4. Polizeiliche Verantwortlichkeit	95
a) Verhaltensverantwortlichkeit	95
b) Zustandsverantwortlichkeit	97
c) Notstandspflicht	98
d) Grundfragen der Störerauswahl	99
5. Ermessen	100
a) Ermessensfehler allgemein	100
b) Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	101
c) Sonstige verfassungsrechtliche Anforderungen	102
d) Ermessensreduktion auf Null	103
e) Kosten	104
f) Anspruch auf polizeiliche Maßnahme	105
IV. Eingriffsbefugnisse	107
1. Die polizeiliche Generalklausel	107
a) Eingriffsvoraussetzungen	107
b) Rechtsfolge	108
2. Standardmaßnahmen – Typisierbare Maßnahmen	108
a) Informationssammlung und -verarbeitung	108
b) Meldeauflage	115
c) Gefährderansprache und -anschreiben (§ 12a NPOG)	116
d) Befugnisse zur Datenverarbeitung	117
e) Platzverweis	122
f) Sicherstellung	124
g) Untersuchung und Durchsuchung	126
h) Die Freiheit einschränkende Maßnahmen	129
3. Die Gefahrenabwehrverordnung	131
a) Tatbestandsvoraussetzung	132
b) Normsetzungsermessen	132
c) Rechtsschutz/Formalien	133
V. Entschädigung	133

VI. Versammlungsrecht	135
1. Definitionsfragen/Zusammenhang mit Art. 8 GG	135
2. Grundstruktur des NdsVersG	139
3. Organisation und Ablauf der Versammlung	139
a) Versammlungen unter freiem Himmel	140
b) Versammlungen in geschlossenen Räumen	142
4. Eingriffsbefugnisse	142
a) Versammlungen unter freiem Himmel	143
b) Versammlungen in geschlossenen Räumen	146
5. Ermessensausübung/Gemeinsame Aspekte	147
6. Abschaffung der „Bannmeile“	147
VII. Verwaltungsvollstreckungsrecht	148
1. Grundlagen	148
a) Anwendbarkeit des Vollstreckungsrechts	148
b) Vollstreckungsmaßnahmen	150
2. Prüfung der Rechtmäßigkeit einer Vollstreckungsmaßnahme	152
a) Grund-VA	152
b) Situation bei Fehlen eines Grund-VA: Sofortvollzug	154
c) Verfahren	157
d) Ermessen	159
3. Kosten	160
§ 5 Öffentliches Baurecht	163
I. Systematische Einordnung	163
1. Öffentliches und privates Baurecht	163
2. Rechtsnormen des öffentlichen Baurechts im Überblick	164
3. Bauplanungs-, Bauordnungs- und Baunebenrecht	166
a) Bauplanungsrecht	166
b) Bauordnungsrecht	166
c) Baunebenrecht	167
d) Das Verhältnis zwischen Bauordnungs- und Bauplanungsrecht ..	167
4. Raumordnung und Bauleitplanung	168
5. Das öffentliche Baurecht als Gegenstand der juristischen Ausbildung	168
II. Bauleitplanung	169
1. Grundbegriffe	169
2. Flächennutzungsplan	170
3. Bebauungsplan	171
a) Rechtsnatur und Inhalt	171
b) Arten von Bebauungsplänen	172
4. Aufstellung von Bauleitplänen	172
a) Abriss des Aufstellungsverfahrens	172
b) Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	173
c) Rechtsfolgen von Mängeln bei der Planaufstellung	174

5. Instrumente zur Sicherung der Bauleitplanung	174
a) Veränderungssperre	174
b) Zurückstellung von Baugesuchen	175
c) Gemeindliche Vorkaufsrechte	175
6. Rechtsschutz gegen Bauleitpläne	176
a) Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürger	176
b) Rechtsschutz der Gemeinden	177
III. Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben	177
1. Überblick über das System der §§ 29–35 BauGB	179
2. Anwendungsbereich der §§ 29–35 BauGB	179
a) Der bauplanungsrechtliche Anlagenbegriff	180
b) Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung	180
3. Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	181
a) Art der baulichen Nutzung	181
b) Maß der baulichen Nutzung; gesicherte Erschließung	183
4. Vorhaben im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans	184
5. Ausnahmen und Befreiungen	184
a) Zulassung von Vorhaben als Ausnahmebebauung	184
b) Zulassung von Vorhaben im Wege der Befreiung	184
c) Sonderregeln für Asylbegehrenden- und Flüchtlingsunterkünfte	187
6. Vorhaben während der Planaufstellung	188
7. Vorhaben im unbeplanten Innenbereich	188
a) Belegenheit innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils	188
b) Entsprechung zu einem Baugebiet der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB)	190
c) Einfügung in die Eigenart der näheren Umgebung (§ 34 Abs. 1 BauGB)	190
d) Begrenzungen und Abweichungen (§ 34 Abs. 3, Abs. 3a BauGB)	191
8. Vorhaben im Außenbereich	192
a) Die privilegierten Vorhaben	192
b) Sonstige Vorhaben	193
c) Einzelne öffentliche Belange	194
d) Erschließung	195
e) Teilprivilegierte Außenbereichsvorhaben	195
f) Außenbereichssatzungen	195
IV. Die Baugenehmigung	195
1. Grundlegung	196
2. Genehmigungsbedürftigkeit von Baumaßnahmen	196
a) Verfahrensfreie Baumaßnahmen, § 60 NBauO	198
b) Genehmigungsfreie öffentliche Baumaßnahmen, § 61 NBauO ...	198

c) Sonstige genehmigungsfreie Baumaßnahmen, § 62 NBauO	198
d) Verfahrensrechtliche Sonderregelungen in §§ 74, 75 NBauO	200
3. Genehmigungsfähigkeit von Baumaßnahmen	200
4. Das Baugenehmigungsverfahren	201
a) Zuständigkeit	201
b) Antragsersfordernis	201
c) Einvernehmen der Gemeinde	201
d) Beteiligung der Nachbarn und anderer Behörden	202
e) „Regelverfahren“: Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren	203
f) Nebenbestimmungen	204
g) Verfahrenskonzentration	205
5. Wirkungen, Rechtsfolgen und Geltungsdauer der Baugenehmigung	205
6. Bauvorbescheid und Teilbaugenehmigung	207
7. Rechtsschutzmöglichkeiten des Bauherrn	207
8. Übersicht: Erteilung einer Baugenehmigung	209
V. Eingriffsbefugnisse der Bauaufsicht	209
1. Voraussetzungen für das Eingreifen der Bauaufsichtsbehörde	211
a) Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen	211
b) Spezielle Eingriffsvoraussetzungen: formelle und materielle Illegalität	211
2. Eingriffsmöglichkeiten der Behörde	215
a) Baueinstellungsverfügung	215
b) Nutzungsuntersagung	216
c) Beseitigungsanordnung	217
d) Anpassungsverfügung	218
e) Verantwortlichkeit	219
f) Ermessen der Bauaufsichtsbehörde	220
3. Rechtsschutz des Bauherrn gegen Verfügungen der Bauaufsicht	222
VI. Nachbarschutz im öffentlichen Baurecht	224
1. Typische Probleme im Rahmen der Zulässigkeit	224
a) Vorverfahren und Widerspruchsfrist	224
b) Klagebefugnis	225
c) Rechtsschutzinteresse	228
2. Notwendige Beiladung des Bauherrn	228
3. Typische Konstellationen der Baunachbarklage	229
a) Die Anfechtungskonstellation	229
b) Vorläufiger Rechtsschutz in der Anfechtungskonstellation	230
c) Verpflichtungskonstellation	231
d) Vorläufiger Rechtsschutz in der Verpflichtungskonstellation	232
e) Rechtsschutz bei verfahrens- und genehmigungsfreien Bauvorhaben	233
f) Maßgeblicher Entscheidungszeitpunkt	235

§ 6 Kommunalrecht	236
I. Einführung	236
II. Grundlagen	238
1. Rechtsquellen	238
a) Unionsrecht	238
b) Verfassungsrecht: Grundgesetz und Landesverfassung	238
c) Einfaches Recht: Gesetze und Verordnungen	239
d) Ortsrecht: Satzungen	241
2. Grundlagen des Kommunalrechts	241
a) Begriff und Rechtsstellung der Gemeinde	241
b) Begriff und Rechtsstellung der Gemeindeverbände	242
III. Recht auf Selbstverwaltung	245
1. Begriff	245
2. Umfang	245
a) Institutionelle Garantie	245
b) Selbstverwaltungsgarantie	246
c) Rechtsschutz: Kommunalverfassungsbeschwerde (subjektive Rechtsstellungsgarantie)	250
d) Prüfungsaufbau Kommunalverfassungsbeschwerden	252
IV. Aufgaben der Kommunen	254
1. Eigener und übertragener Wirkungskreis	254
2. Freiwillige Selbstverwaltungs- und Pflichtaufgaben	256
3. Aufgabenübertragungsverbot und Konnexitätsgebot	257
4. Tabellarische Zusammenfassung	258
V. Gemeindearten	259
1. Kreisfreie Städte	259
2. Kreisangehörige Gemeinden	260
3. Besonderheiten: Göttingen und Hannover	260
VI. Angehörige der Kommune	261
1. Begriff des Einwohners und des Bürgers	261
2. Rechte der Einwohner	261
a) Benutzung der öffentlichen Einrichtungen	261
b) Einwohnerantrag	265
c) Sonstige Rechte der Einwohner: Einwohnerfrage und Verwaltungshilfe	267
3. Pflichten der Einwohner	267
4. Rechte der Bürger	268
a) Wahlrecht	268
b) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	268
c) Einwohnerbefragung	276
5. Pflichten der Bürger, insbes. im Ehrenamt	277
6. Kinder und Jugendliche	278
VII. Organe der Gemeinde	278
1. Allgemeines	278

2. Vertretung	279
a) Begriff und Rechtsstellung	279
b) Zusammensetzung der Vertretung und Rechtsstellung der Abgeordneten	280
c) Aufgaben	283
d) Ablauf einer Ratssitzung	284
e) Auflösung	285
3. Hauptausschuss	285
a) Begriff und Rechtsstellung	285
b) Zusammensetzung	285
c) Aufgaben	286
d) Verfahren	287
4. Hauptverwaltungsbeamter	287
a) Begriff, Wahl und Rechtsstellung	287
b) Aufgaben	288
5. Sonstige Beschäftigte innerhalb der Gemeinde	289
6. Ortschaften und Stadtbezirke	290
7. Rechtsschutz: Kommunalverfassungsstreitverfahren	290
a) Allgemeines	290
b) Prüfungsaufbau Kommunalverfassungsstreitverfahren	292
VIII. Satzungsrecht	295
1. Allgemeines	295
2. Verfahren	296
3. Rechtsschutz	297
IX. Kommunale Zusammenarbeit	297
X. Wirtschaftliche Betätigung	298
1. Allgemeines	298
2. Organisationsformen	301
3. Rechtsschutz	302
XI. Aufsicht über die Kommunen	303
1. Überblick	303
2. Kommunal- = Rechtsaufsicht	303
a) Begriff und Zuständigkeiten	303
b) Kommunalaufsichtsmittel	304
c) Rechtsschutz	304
3. Fachaufsicht	304
a) Begriff und Zuständigkeiten	304
b) Fachaufsichtsmittel	305
c) Rechtsschutz	305
Stichwortverzeichnis	307

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AG	Amtsgericht
Akt.	Aktualisierung
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
aM	anderer Meinung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bek.	Bekanntmachung
ber.	berichtigt
bes.	besonders
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bl.	Blatt
BT	Bundestag
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
dh	das heißt
diff.	differenzierend
Drcks.	Drucksache
e.V.	eingetragener Verein
Ebd	ebenda
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
entspr.	entsprechend
Erl.	Erlass; Erläuterung
EU	Europäische Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
evtl	eventuell
f.	für

f., ff.	folgende, fortfolgende
Fn.	Fußnote
Fs.	Festschrift
geänd.	geändert
gem.	gemäß
GemH	Gemeindehaushalt (Zeitschrift)
GeschO	Geschäftsordnung
ggf.	gegebenenfalls
hA	herrschende Auffassung
hL	herrschende Lehre
hM	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
iA	im Auftrag
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
idS	in diesem Sinne
iE	im Ergebnis
ieS	im engeren Sinne
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
iS	im Sinne
iSd	im Sinne des
iSv	im Sinne von
iÜ	im Übrigen
iVm	in Verbindung mit
iwS	im weiteren Sinne
Kap.	Kapitel
krit.	kritisch
lit.	littera
Lit.	Literatur
LS	Leitsatz
LT	Landtag
m.Anm.	mit Anmerkung
mE	meines Erachtens
mind.	mindestens
Mitt.	Mitteilung(en)
mN	mit Nachweisen
mwN	mit weiteren Nachweisen
mWv	mit Wirkung von
Nachw.	Nachweise
NBauO	Niedersächsische Bauordnung
Nds.	niedersächsisch/Niedersachsen
NdsVBl	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
nF	neue Fassung
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

NLWG	Niedersächsisches Landeswahlgesetz
Nov.	Novelle
Nr.	Nummer
NStGHG	Gesetz über den Nds. Staatsgerichtshof
NV	Niedersächsische Verfassung
o.	oben
o.a.	oben angegeben, angeführt
o.Ä.	oder Ähnliches
o.g.	oben genannt
OVG	Oberverwaltungsgericht
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
StGH	Staatsgerichtshof
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt/so genannt
str.	streitig
u.	unten
u.a.	unter anderem
uä	und ähnlich
uÄ	und Ähnliches
uE	unseres Erachtens
umstr.	umstritten
unstr.	unstreitig
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
uU	unter Umständen
uVm	und Vieles mehr
v.	von/vom
Var.	Variante
Vgl	Vergleiche
VNV	Vorläufige Niedersächsische Verfassung
Vorb.	Vorbemerkung
vorl.	vorläufig
wN	weitere Nachweise
zB	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
zT	zum Teil
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
zw.	zweifelhaft
zzgl	zuzüglich

